

**Gegen Vergessen**  
**Für Demokratie e.V. Sektion Südhessen**

## **Diktatur erinnern – Demokratie gestalten** **Berlinseminar vom 24. bis 28. November 2013**

(Stand: 26. Juli 2013)

mit Unterstützung des Sparkassen- und  
Giroverbandes Hessen-Thüringen

### **Teilnehmende Schulen:**

Gymnasium Nidda

Weidigschule Butzbach

Ernst-Ludwig-Schule Bad Nauheim

### **Unterkunft in Berlin:**

Jugendhotel berlincity

Crellestraße 22

10827 Berlin

Tel: : 030 – 78702130

[www.jugendhotel-berlin.de](http://www.jugendhotel-berlin.de)

### **Seminarleitung:**

Uwe Müller, Gymnasium Nidda,

Klaus Müller, Gegen Vergessen Für Demokratie, Sektion Südhessen



**Gegen Vergessen**  
**Für Demokratie e.V. Sektion Südhessen**

## Sonntag 24. November

Uhrzeit	Programmpunkt	Ort
8:13 Uhr	Abfahrt, Gleis 9 ICE 694	Frankfurt/Main Hauptbahnhof
12:23 Uhr	Ankunft	Berliner Hauptbahnhof
13:30 Uhr	Einchecken	Jugendhotel berlincity
14:30 Uhr	Belegte Brötchen und Getränke im Hotel	Speisesaal
16:00 Uhr	Kleiner Stadtrundgang; u.a. Besichtigung Brandenburger Tor + Sinti und Roma Denkmal, Unter den Linden	
Im Anschluss	Rückfahrt Ende des Seminartages	

## Montag 25. November

Uhrzeit	Programmpunkt	Ort
7:00 Uhr	Frühstück	Speisesaal Hotel
7:30 Uhr	Abfahrt mit dem Bus	
8:00 Uhr	Eintreffen der Gruppe am Eingang West des Paul- Löbe-Hauses	(Konrad-Adenauer-Straße 1) Zugangskontrolle beim Betreten des Sicherheitsbereichs
8:15 Uhr	Begrüßung	Deutscher Bundestag
8:30 Uhr	Führung durch das Reichstagsgebäude	Deutscher Bundestag
9:45 Uhr	Planspiel Thema „PKW-Maut“	Deutscher Bundestag
13:30 Uhr	Auswertung	Deutscher Bundestag
13:45 Uhr	Mittagessen	Besucherrestaurant Paul-Löbe-Haus
anschließend	Besichtigung der Reichstagskuppel in eigener Regie	
Ab ca. 14:30 Uhr	Mittagspause	
15:00 Uhr	Gespräch mit Wolfgang Tiefensee, MdB – Leipzig, Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.“	Paul-Löbe-Haus Raum: E 032
ca. 17:00 Uhr	Ende des Seminartages	

## Dienstag 26. November

Uhrzeit	Programmpunkt	Ort
7:45 Uhr	Frühstück	Speisesaal Hotel
8:15 Uhr	Abfahrt mit dem Bus	
9:00 Uhr – 10:30 Uhr	„Berlin von unten“ Führung durch den Verein „Berliner Unterwelten“  Tour 3 – U-Bahn, Bunker, Kalter Krieg Atomschutz und vermeintliche Sicherheit im „Ernstfall“	Gesundbrunnen  Brunnenstraße 105 / Treffpunkt: Bad- / Ecke Böttgerstraße
11: 00 Uhr	Fahrt mit dem Bus und Mittagessen	
13:00 Uhr – 16:00 Uhr	Besuch der „Gedenkstätte Haus der Wannsee- Konferenz“ +Arbeitsgruppe	Haus der Wannsee-Konferenz
Im Anschluss	Rückfahrt mit dem Bus (Innenstadt oder Hotel) und Ende des Seminartages	

## Mittwoch 27. November

Uhrzeit	Programmpunkt	Ort
7:30 Uhr	Frühstück	Speisesaal Hotel
8:15 Uhr	Abfahrt mit dem Bus	
9:00 – 14:00 Uhr	Besuch der Gedenkstätte „Berlin Hohenschönhausen“: Filmvorführung, Arbeit in Arbeitsgruppen und Führung durch Zeitzeugen	Gedenkstätte Hohenschönhausen; ehemaliges Stasi-Gefängnis
anschließend	Mittagessen	Hotel Kolumbus, Genselerstraße 18
anschließend	Ende des Seminartages  Freizeit	

## Donnerstag 28. November

Uhrzeit	Programmpunkt	Ort
8:00 Uhr	Frühstück	Speisesaal Hotel
10:40 Uhr	Gemeinsame Rückfahrt nach Ffm ICE 371	Hauptbahnhof Berlin
ca. 14:44 Uhr	Ankunft	Frankfurt am Main Hbf

<b>1. Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“</b>	<b>S.5</b>
<b>2. Das Mahnmal an die ermordeten Sinti und Roma</b>	<b>S.5</b>
<b>3. Das Stelenfeld: Holocaust-Denkmal am Brandenburger Tor</b>	<b>S.6</b>
<b>4. Der Deutsche Bundestag im Regierungssystem der BRD und das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag</b>	<b>S.7</b>
<b>3. Wolfgang Tiefensee</b>	<b>S.8</b>
<b>4. Berlin im „Kalten Krieg“</b>	<b>S.9</b>
<b>6. Die „Wannseekonferenz“ am 21. Januar 1942</b>	<b>S.10</b>
<b>7. Gedenkstätte Hohenschönhausen</b>	<b>S.11</b>
<b>8. 17. Juni 2013: 60 Jahre Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953</b>	<b>S.12</b>

*(Die Textzusammenstellung basiert überwiegend auf Internetseiten.)*

## 1. Der Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.“

ist ein gemeinnütziger **Verein mit Hauptsitz in Berlin**, der unabhängig, überparteilich und konfessionell ungebunden ist. Seine Mitglieder engagieren sich **für Vielfalt, Toleranz und Teilhabe im demokratischen Staat sowie gegen politischen Extremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung von Minderheiten**. Grundlage bildet dabei eine Erinnerungs- und Aufarbeitungskultur von Nationalsozialismus und SED-Diktatur. **Vorsitzender des Vereins war, bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 18. März 2012, Joachim Gauck**. Sein Nachfolger ist **Wolfgang Tiefensee**, SPD-MdB aus Leipzig, ehemaliger Oberbürgermeister von Leipzig und ehemaliger Bundesminister für Verkehr. Stellvertreter sind **Cornelia Schmalz-Jacobsen** (FDP; ehem. Ausländerbeauftragte der Bundesregierung), **Eberhard Diepgen** (CDU; ehem. Reg. Bürgermeister von Berlin) und **Prof. Dr. Bernd Faulenbach** (SPD; Historiker und Vors. der Historischen Kommission der SPD).

Der Verein wurde **im April 1993 auf Initiative von Hans-Jochen Vogel** – ehem. Bürgermeister von München, ehem. Bundesjustizminister und ehem. Vorsitzender der SPD **gegründet**. Motivation hierfür waren auch die **rassistischen und fremdenfeindlichen Ausschreitungen zwischen 1991 und 1993 wie in Hoyerswerda, Mölln, Rostock-Lichtenhagen und Solingen**. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Politiker, Wissenschaftler, Pädagogen, Gewerkschafter, Journalisten und Leiter von Gedenkstätten.

Ein großer Teil der Veranstaltungen des Vereins findet in Kooperation mit anderen Einrichtungen, Organisationen und Unternehmen statt. Auf lokaler und überregionaler Ebene arbeitet er mit Gedenkstätten, Bildungsträgern und zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammen.

**Der Verein will historische Erinnerungsarbeit zum Nationalsozialismus und zur SED-Diktatur mit gegenwartsbezogenem Engagement für die Mitgestaltung der demokratischen Zivilgesellschaft verbinden**. Er realisiert Kultur- und Informationsveranstaltungen, führt Projekte durch, organisiert politische Initiativen und berät zivilgesellschaftliche Gruppen. Daneben erstellt er Angebote für Schulen sowie für die Aus- und Weiterbildung, um über Struktur und Funktionsweise von Nationalsozialismus und SED-Diktatur aufzuklären und zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus beizutragen.

## 2. Denkmal an der ermordeten Sinti und Roma

Das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas befindet sich in einem Ausläufer des Berliner Stadtparks Tiergarten zwischen dem Reichstagsgebäude und dem Brandenburger Tor. Es soll an die bis zu 500.000 Menschen erinnern, die zwischen 1933 und 1945 unter der Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland und anderen europäischen Ländern als "Zigeuner" verfolgt und ermordet worden waren. Die meisten von ihnen bezeichneten sich selbst nach ihrer jeweiligen Zugehörigkeit zu verschiedenen Gruppen beispielsweise als Sinti, Roma, Lalleri, Lowara oder Manuschi, betroffen waren zudem auch Jenische und andere Fahrende. Die größten Gruppen in Europa waren die Sinti und Roma.

### Werk des Künstlers Dani Karavan



Das Denkmal wurde nach rund 20 Jahren Planung im Oktober 2012 feierlich eingeweiht. Entworfen hat es der israelische Künstler Dani Karavan. Er schuf ein kreisrundes Wasserbecken mit zwölf Metern Durchmesser mit schwarzem Grund.

In die Beckenmitte platzierte der Künstler eine dreieckige steinerne Stele, die von oben gesehen an den Winkel auf der Kleidung der KZ-Häftlinge erinnert. Auf der Stele liegt eine frische Blume. Immer wenn sie verwelkt ist, versinkt der Stein in einen Raum unter dem Becken, wo eine neue Blume auf den Stein gelegt wird, um danach wieder hochzufahren und aus dem Wasserbecken emporzusteigen.

Auf dem Rand des Brunnens ist auf Englisch, Deutsch und Romanes das Gedicht "Auschwitz" von Santino Spinelli zu lesen: „Eingefallenes Gesicht/ erloschene Augen/ kalte Lippen/ Stille/ ein zerrissenes Herz/ ohne Atem/ ohne Worte/ keine Tränen“. Am Boden rund um das Wasserbecken liegen flache Steine, die die Namen von Orten der NS-Verbrechen tragen. In der Nähe des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas informieren gläserne Tafeln über Ausgrenzung und Massenmord an dieser Minderheit.

### 3. Das Stelenfeld: zentrales deutsches Denkmal für die ermordeten sechs Millionen Juden in Europa



(Foto: Tobias Droz/BerlinOnline)

**Im Juni 1999 beschloss der Bundestag, ein "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" in unmittelbarer Nähe des Brandenburger Tors zu bauen.** Nach zwei Jahren Bauzeit wurde das Denkmal am 10. Mai 2005 feierlich eröffnet. **Auf einem rund 19.000 Quadratmeter großen Feld wurden 2711 Stelen installiert.**

Schon Ende der 1980er Jahre wurden Forderungen laut, ein Denkmal für die europäischen Juden zu bauen. Die Diskussion über Ort, Botschaft und Gestalt des Denkmals sollte schließlich fast ein Jahrzehnt dauern. Im Frühjahr 1995 schrieb die Berliner Senatsverwaltung einen ersten künstlerischen Wettbewerb aus – es wurden 528 Arbeiten eingereicht. Im Jahre 1997 wurde ein zweiter Wettbewerb ausgeschrieben. **Der Entwurf des New Yorker Architekten Peter Eisenman wurde angenommen**, musste aber im Laufe der Zeit mehrmals verändert werden. Im Juni 1999 beschloss der Deutsche Bundestag auch, den Bau um einen „Ort der Information“ zu ergänzen.

#### *Dokumentationszentrum unter der Erde*

Das wellenförmige Feld soll die Besucher mit dieser abstrakten Form zum Nachdenken anregen. Der unter dem Stelenfeld gelegene „Ort der Information“ dokumentiert in einer Ausstellung die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden. Der Besucher erhält im Foyer zuerst Grundinformationen zum historischen Kontext und gelangt dann in vier Themenräume, in denen das Thema aus historischer und persönlicher Sicht aufgearbeitet wird. Dabei stehen Stelenfeld und „Ort der Information“ nicht in Konkurrenz zueinander, sondern ergänzen sich und bilden zusammen das Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

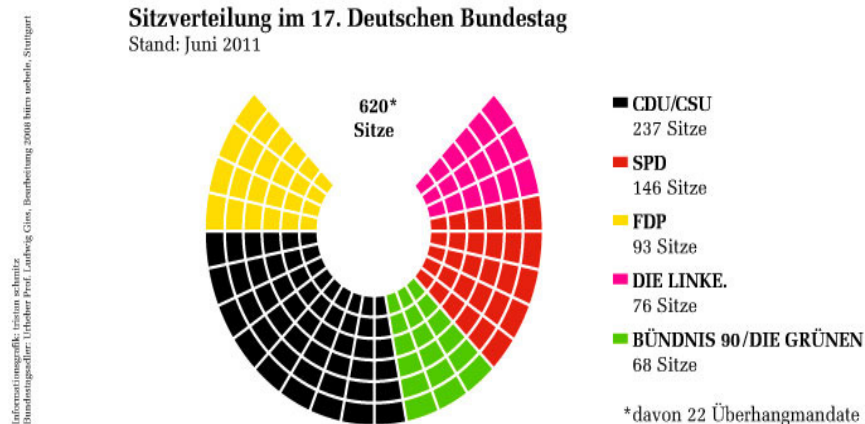
#### 4. Der Deutsche Bundestag und das Wahlrecht

Der Deutsche Bundestag ist das **Parlament der Bundesrepublik Deutschland** mit Sitz im Reichstagsgebäude in Berlin. Er wird im politischen System als einziges Verfassungsorgan des Bundes direkt vom Staatsvolk (Staatsbürger) gewählt. **Die gesetzliche Anzahl seiner Mitglieder beträgt 598.** Die tatsächliche Anzahl ist aufgrund von „**Überhangmandaten**“ meist höher. Eine Legislaturperiode des Bundestags dauert grundsätzlich vier Jahre. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages (MdB) können sich zu Fraktionen oder Gruppen zusammenschließen und genießen damit einen besonderen Verfahrens- und Organisationsstatus. Dem Bundestag steht der Bundestagspräsident vor.



##### *Mitglieder des Bundestages*

- Präsident: Prof. Dr. Norbert Lammert (CDU)
- Fünf Vizepräsidenten: Eduard Oswald (CDU/CSU), Wolfgang Thierse (SPD), Hermann Otto Solms (FDP), Petra Pau (Die Linke) und Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen)
- 620 Abgeordnete
- Fünf Fraktionen: CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



##### **Sitzverteilung des 17. Deutschen Bundestages © DBT**

##### *Aufgaben*

**Die Gesetzgebung auf Bundesebene ist in Deutschland die Aufgabe des Deutschen Bundestages. Zu seinen wichtigsten Aufgaben zählen die Kontrolle der Regierung, die Festlegung des Bundeshaushalts und die Wahl des Bundeskanzlers.** Die Abgeordneten sind die einzigen direkt gewählten Repräsentanten des

Volkes und entscheiden mit ihrer Stimme im Parlament, wer regiert und nach welchen Regeln sich das gesellschaftliche Zusammenleben richtet.

### *Zusammensetzung*

Die Verteilung der Sitze im Bundestag entspricht dem Anteil der auf die Parteien abgegebenen Stimmen. Zur Berechnung der Sitzverteilung wurde bei der Bundestagswahl 2009 erstmals eine vom französischen Mathematiker André Sainte-Laguë und dem deutschen Physiker Hans Schepers entwickelte Methode angewendet. Dieses Verfahren löste das zuvor praktizierte Hare/Niemeyer-Modell ab, das der englische Richter Thomas Hare und der deutsche Mathematiker Horst Niemeyer entwickelt hatten.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht – vor allem wg. der Sitzverschiebung infolge der sog. Überhangmandate und wg. der Möglichkeit des sog. negativen Stimmengewichts (weniger Mandate trotz mehr Stimmen) - dieses Verfahren am 25. Juli 2012 für nicht verfassungskonform erklärt hat, hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates ein neues Wahlrecht beschlossen, das am 9. Mai 2013 in Kraft getreten ist. Danach bleibt es beim „personalisierten Verhältniswahlrecht“ – der Grundstruktur des Wahlrechts der BRD. Neu ist aber:

- Es findet keine „Oberverteilung“ der Sitze nach (!) der Wahl auf die Landeslisten mehr statt. Vielmehr werden vor (!) der Wahl auf Grund der Bevölkerungszahl in den einzelnen Bundesländern die Zahl der Sitze pro Bundesland festgelegt und diese nach der Wahl auf die jeweiligen Landeslisten gemäß der erreichten Zweitstimmenanzahl verteilt.
- Und: Alle sog. Überhangmandate werden „ausgeglichen“, so dass sich die Gesamtzahl der Mitglieder des Dt. Bundestages entsprechend erhöht. Damit wird dem Primat des Verhältniswahlrechts Rechnung getragen, das bisher durch die Überhangmandate verzerrt wurde.

### **5. Wolfgang Tiefensee**

Wolfgang Tiefensee war von 1998 bis 2005 Oberbürgermeister von Leipzig und von 2005 bis 2009 Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer im Kabinett Merkel I. Seit Juni 2012 ist er wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sowie Vorsitzender des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie.

1989 engagierte sich Wolfgang Tiefensee erstmals politisch in der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, die er am Runden Tisch in Leipzig vertrat. Der Runde Tisch entsandte ihn als hauptamtlichen Stadtrat in die Leipziger Stadtverwaltung. Er war kurzzeitig parteiloser Stadtverordneter der Fraktion von Bündnis 90 in der Leipziger Stadtverordnetenversammlung.

1990 wurde er zum Amtsleiter des Schulverwaltungsamtes der Stadt Leipzig gewählt. Ab 1992 war er Stadtrat

(Beigeordneter) für Jugend, Schule und Bildung. 1994 wurde er dann Bürgermeister und Beigeordneter für Jugend, Schule und Sport. 1995 trat er in die SPD ein. Am 26. April 1998 wurde Wolfgang Tiefensee im zweiten Wahlgang mit 48,4 Prozent der Stimmen (Wahl mit einfacher Mehrheit) für sieben Jahre zum Oberbürgermeister von Leipzig gewählt und übte dieses Amt ab dem 1. Juli aus.





## 6. Berlin im kalten Krieg

Unmittelbar am Ende des Zweiten Weltkrieges ist vom Ost-West-Konflikt noch nicht viel zu spüren. Auf der Konferenz von Jalta am Schwarzen Meer beschließen die Siegermächte USA, Sowjetunion und Großbritannien im Februar 1945 noch gemeinsam die Aufteilung Deutschlands in zunächst drei Besatzungszonen - später vier. Nach der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 übernimmt der „Oberste Kontrollrat“ (= die Oberbefehlshaber der vier Besatzungsmächte) die Regierungsgewalt in ganz Deutschland. Für Berlin gilt eine gesonderte Regelung: hier übernehmen die vier Stadtkommandanten (Alliierte Kommandantur) die Verwaltung. Aber eine gemeinsame Politik der vier Mächte findet schnell ein Ende. Innerhalb von weniger als zwei Jahren verschlechtert sich das Klima zwischen den beiden neuen Supermächten USA und Sowjetunion (sowie insgesamt zwischen den Westmächten und der Sowjetunion) und innerhalb der vier Besatzungszonen – sowie den vier Sektoren in Berlin – entwickeln sich völlig unterschiedliche Strukturen.

Am 5. März 1946 verkündet der britische Premier Winston Churchill in einer berühmt gewordenen Rede: "Von Stettin an der Ostsee bis Triest an der Adria ist ein eiserner Vorhang über den Kontinent heruntergegangen." Damit spricht er aus, was bereits einige der westalliierten Politiker und Militärs denken. Auch der amerikanische Journalist Walter Lippmann: Er publiziert 1947 ein Buch mit dem Titel "The Cold War" und gibt damit dieser Ära einen Namen. Im selben Jahr verkündet US-Präsident Harry Truman den neuen Kurs der amerikanischen Politik: "Containment" lautet die Devise, zu Deutsch "Eindämmung". Gemeint ist der kommunistische Machtbereich.



In Deutschland wird die unterschiedliche Entwicklung in den drei Westzonen und in der Ostzone durch die Währungsreform im Juni 1948 offensichtlich. Ab diesem Zeitpunkt wird in den drei westlichen Besatzungszonen die D-Mark als Zahlungsmittel eingeführt. Die Sowjets antworten mit einer Totalblockade Westberlins. Alle Zufahrtswege werden gekappt, die Energie- und Lebensmittelversorgung unterbunden. In dieser scheinbar ausweglosen Situation organisieren die Westalliierten die Luftbrücke. Fast ein Jahr lang werden die Bewohner der Westsektoren mit allem Lebensnotwendigen aus der Luft versorgt.

Über 200.000 Transportmaschinen, von den Westberlinern auch zärtlich "Rosinenbomber" genannt, fliegen rund 1,5 Millionen Tonnen Güter in die eingeschlossene Stadt. Als die Blockade im Mai 1949 aufgehoben wird, ist klar: Die sowjetische Erpressungspolitik ist nicht nur gescheitert, sondern hat auch dazu geführt, dass sich die Westdeutschen und Westalliierten erstmals im Kampf gegen die Sowjetunion verbündet haben.

Das geteilte Berlin steht auch nach der Berlin-Blockade im Fokus der Weltöffentlichkeit. Westberlin ist der DDR und der Staatsführung in Moskau ein Dorn im Auge. Die "kapitalistische Insel" liegt mitten auf dem Territorium der DDR im kommunistischen Machtbereich. Außerdem dient Westberlin vielen Fluchtwilligen als Schlupfloch. Bis 1961 kann man die Sektorengrenze zwischen Ost und West noch ungehindert passieren. Und das nutzen viele. Schon in den 50er Jahren wird deutlich, dass die Wirtschaftsordnung Westdeutschlands (sozialstaatliche Steuerung einer kapitalistischen Marktwirtschaft) gegenüber dem sozialistischen Wirtschaftsmodell viele Vorzüge hat. Zahlreiche Ostdeutsche flüchten über Westberlin in den Westen, wo sie sich bessere Chancen erhoffen. Die DDR droht auszubluten. Am 13. August 1961 schließt der Staat seine Grenzen, die Mauer wird gebaut. - In Berlin spielen sich dramatische Szenen ab, als Menschen aus Ostberlin noch während des Mauerbaus versuchen, in den Westteil der Stadt zu gelangen. Die insgesamt 156 Kilometer lange Mauer (44 Km zu West-Berlin und 112 Km zum Bezirk Potsdam) prägt die Stadt bis 1989. In diesen 28 Jahren hat es immer wieder Versuche gegeben, die Mauer zu überwinden: unter abenteuerlichen Bedingungen wurden z.B. Tunnel gegraben und Menschen versuchten, über die Absperrungen zu kommen. Eine genaue Zahl der Menschen, die bis 1989 ihr Leben an der Berliner Mauer ließen, gibt es bis heute nicht; man geht von etwa 130 aus. Viele von ihnen wurden von Ostberliner Volkspolizisten erschossen („Republikflucht“ war in der DDR ein Delikt, das mit dem Tode durch Erschießen geahndet werden konnte).

Bereits im Dezember 1963 schließt der Berliner Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt mit der DDR-Regierung ein „Passierscheinabkommen“, das den West-Berlinern erstmals wieder den Besuch ihrer Verwandten im Ostteil der Stadt ermöglicht. Damit beginnt die „Politik der kleinen Schritte“, die ihre Fortsetzung unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ 1969 ff in der neuen Ostpolitik unter Bundeskanzler Brandt findet. Ziel dieser Politik ist die Normalisierung der Beziehungen zu den Ostblockstaaten und die Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD durch vermehrten Austausch. Dies setzte die faktische Anerkennung der DDR und die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze voraus. Es folgen eine Reihe von Verträgen mit Ostblockstaaten (UdSSR, Polen, Tschechoslowakei) – und im Oktober 1972 (u.a. für Berlin entscheidend) ein Vertrag mit der DDR, der die Verkehrsverbindungen erleichtert und eine Lockerung der Reisesperre für DDR-Bürger mit sich bringt, sowie im Dezember 1972 der sog. Grundlagenvertrag mit der DDR, der u.a. dazu führt, dass der kulturelle und zwischenmenschliche Austausch zwischen den beiden deutschen Staaten weiter verbessert wird und beide Staaten Mitglieder der Vereinten Nationen (UN) werden.

Schließlich fällt am 9. November 1989 die Mauer zwischen den beiden deutschen Staaten, ein Jahr später wird der Kalte Krieg formell beigelegt. Die Sowjetunion und das Militärbündnis der Warschauer-Pakt-Staaten lösen sich auf.

## **6. Die „Wannseekonferenz“ am 21. Januar 1942**

Das Haus der Wannsee-Konferenz wurde am 20. Januar 1992 anlässlich des 50. Jahrestages der „Wannsee-Konferenz“ als Gedenk- und Bildungsstätte eröffnet. Damit gehört die Einrichtung zu den jüngsten Gedenkstätten der Bundesrepublik, deren Geschichte vom historischen Ort bis zur Etablierung und Anerkennung als Bildungsstätte die Geschichte des Umgangs mit der NS-Vergangenheit widerspiegelt.

In einer großbürgerlichen Villa am Berliner Wannsee, dem Gästehaus des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS), Reinhard Heydrich, kamen am 20. Januar 1942 15 hochrangige Vertreter des SS- und Polizeiapparates, der Ministerialbürokratie und der NSDAP zu einer Besprechung über die sog. „Endlösung der Judenfrage“ zusammen. Unter der Leitung von Reinhard Heydrich besprachen die Konferenzteilnehmer Zuständigkeit und Zusammenarbeit bei der Deportation und Ermordung der europäischen Juden. Das von Adolf Eichmann angefertigte und von Heydrich mehrfach überarbeitete Ergebnisprotokoll dieser „Staatssekretärsbesprechung“ belegt, dass bereits vor der Konferenz

auf höchster Ebene, also durch den „Führer und Reichskanzler“ Adolf Hitler, die Entscheidung über die umfassende Deportation aller europäischen Juden im deutschen Machtbereich getroffen worden war. Dabei sollten die Deportationen „nach dem Osten“, die Ghettoisierung und Zwangsarbeit – laut Heydrichs Erklärungen bei der Konferenz – vorbereitende Maßnahmen für „die kommende Endlösung der Judenfrage“ darstellen. Kein Jude sollte das Ende des Krieges überleben. Das Protokoll listet detailliert auf, in welchen Ländern die insgesamt 11.000.000 Juden in Europa leben, es beschreibt, dass „im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise zum Arbeitseinsatz kommen“ sollen, „wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird“ und dass „der allfällig endlich verbleibende Restbestand, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden“ muss. Ausführlich hat sich die Konferenz lt. Protokoll auch mit der Frage beschäftigt, wer als „Volljude“, wer als „Mischling 1. Grades“, „2. Grades“ etc. zu betrachten ist und wie diese Menschen im Zusammenhang mit der „Endlösung“ – eine Formulierung, die Konferenzteilnehmer ganz offen so verwendeten – zu „behandeln“ sind.



Nach dem Beginn der Massenmorde an den Juden in den eroberten Gebieten der Sowjetunion im Juni 1941 zeigt das Protokoll der Wannsee-Konferenz vom Januar 1942 den Übergang zur systematischen Planung eines umfassenden Völkermordes. Die Information und Einbeziehung der Staatssekretäre, die Aufforderung zur Kooperation ihrer Behörden bei diesem Verbrechen bedeutete zugleich die Beteiligung des gesamten deutschen Staatsapparates an der Ermordung der europäischen Juden.

Es dauerte lange nach dem Ende des 2. Weltkrieges - bis 1992 ! - bis endlich klar war, dass dieser Ort am Wannsee einer der wichtigsten Erinnerungsorte an den Mord an den europäischen Juden darstellt und dass er demzufolge zu einem Gedenkort und einer Bildungsstätte ausgebaut werden sollte.

## 7. Gedenkstätte Hohenschönhausen

Im Mai 1945 beschlagnahmte die sowjetische Besatzungsmacht das Gelände an der Genslerstraße, auf dem sich seit 1938 eine Großküche der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) befunden hatte. **Die Sowjets nutzten das Gelände als Haftlager - das Speziallager Nr. 3. Es unterstand dem Moskauer Volkskommissariat für Inneres (NKWD) und diente in erster Linie als Sammel- und Durchgangslager, von dem aus über 20.000 Gefangene in andere sowjetische Lager transportiert wurden.** Die Lebensbedingungen waren katastrophal. Auf engstem Raum waren zeitweise über 4.200 Menschen zusammen- gepfercht. Die hygienischen Verhältnisse und die Verpflegung waren völlig unzureichend, die Räume unbeheizt. Schätzungen gehen für die **Zeit von Juli 1945 bis Oktober 1946 von über 3.000 Toten** aus. Ihre Leichen wurden auf einem Schuttablageplatz in Bombentrichtern verscharrt.



Die meisten Häftlinge waren aufgrund des sowjetischen Befehls 00315 vom 18. April 1945 eingewiesen worden. Danach waren Spione, Diversanten, Terroristen, NSDAP-Aktivisten, Polizei- und Geheimdienstangehörige, Verwaltungsbeamte und andere "feindliche Elemente" in Deutschland zu verhaften. Erst später berief man sich auf Vereinbarungen der Alliierten vom August 1945, hohe Amtsträger von NS-Organisationen und einflussreiche Nazi-Anhänger festzunehmen. Viele der Verhafteten waren jedoch nur geringfügig oder gar nicht in das NS-System verstrickt. - **In der Genslerstraße befand sich auch die zentrale Verwaltung der insgesamt zehn sowjetischen Speziallager in Deutschland. Nach – unvollständigen – offiziellen Angaben waren in ihnen über 122.000 Deutsche inhaftiert, von denen mehr als ein Drittel in der Haft verstarb.** Die meisten Gefangenen wurden jahrelang festgehalten, ohne jemals vor Gericht gestanden zu haben. Ab 1947 kamen zunehmend Personen in die Lager, die zuvor von einem sowjetischen Militärtribunal (SMT) verurteilt worden waren, bis Dezember 1949 allein im ehemaligen Speziallager Sachsenhausen **mehr als 12.000 deutsche Zivilisten, von denen viele so genannter konterrevolutionärer Verbrechen beschuldigt wurden.** Erst Anfang 1950 wurden die letzten drei Speziallager aufgelöst.

1951 übernahm das ein Jahr zuvor gegründete **Ministerium für Staatssicherheit (MfS)** der 1949 gegründeten DDR das sowjetische Kellergefängnis und nutzte es von nun an als seine **zentrale Untersuchungshaftanstalt**. Im folgenden Jahrzehnt wurden hier zahlreiche Menschen inhaftiert, die der kommunistischen Diktatur im Weg standen - insgesamt **über 11.000 Personen**. Die Liste der Gefangenen reicht von Streikführern des Aufstands vom 17. Juni 1953 bis zu kritischen Reformkommunisten.

Nach dem Mauerbau am 13. August 1961 wurden hier vor allem Menschen festgehalten, die aus der DDR fliehen oder ausreisen wollten. Kritiker der SED wie der Dissident Rudolf Bahro, der Schriftsteller Jürgen Fuchs oder die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley waren in Hohenschönhausen inhaftiert.

**Die physische Gewalt der 1950er Jahre wurde seit den 60er Jahren durch raffinierte psychologische Foltermethoden ersetzt. Über den Ort ihrer Haft ließ man sie bewusst im Unklaren.** Systematisch gab man ihnen das Gefühl, einem allmächtigen Staat ausgeliefert zu sein. Von der Außenwelt hermetisch abgeschnitten und von den Mitgefangenen meist streng isoliert, wurden sie durch gut ausgebildete Vernehmer monatelang verhört, um sie zu belastenden Aussagen zu bewegen. Erst die friedliche Revolution im Herbst 1989, die das Ende der SED-Diktatur einleitete, führte zur Auflösung des Staatssicherheitsdienstes und seiner Gefängnisse. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 wurde die Haftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen geschlossen.

## **8. 17. Juni 2013: 60 Jahre Arbeiteraufstand in der DDR**

Am 17. Juni 2013 jährt sich der Volksaufstand in der DDR zum 60. Mal. Damals gingen rund eine Million Menschen in mehr als 700 Städten und Gemeinden in der DDR auf die Straße, um gegen die miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu demonstrieren.

Was als sozialer Protest auf den Straßen Berlins begann, entwickelte sich binnen weniger Stunden zum

Massenprotest gegen die kommunistische Diktatur im ganzen Land. Die Streiks und Demonstrationen wurden nun von politischen Forderungen nach Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und der Wiedervereinigung Deutschlands bestimmt. Die ohnmächtige Führungsspitze der DDR floh ins militärische Hauptquartier der sowjetischen Besatzungsmacht nach Berlin-Karlshorst. Durch die Verhängung des Ausnahmezustands und den Einsatz sowjetischer Panzer wurde der Aufstand schließlich gewaltsam niedergeschlagen. Der Volksaufstand forderte über 50 Todesopfer und unzählige Verletzte. In den Tagen und Wochen danach wurden etwa 15 000 Personen verhaftet. Bis 1955 gab es 1 800 politische Urteile im Zusammenhang mit dem Juniaufstand. Für die Staats- und Parteiführung der DDR bedeutete der Volksaufstand vom Juni 1953 ein schweres Trauma, das bis 1989 nie vollständig überwunden wurde. Der Juni 1953 wurde zum Sinnbild für die tiefe Legitimationskrise, in der sich die Partei und der von ihr geplante "Aufbau des Sozialismus" befanden.